

Finanzen

Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherstellen

Das Vertrauen in die internationalen Finanzmärkte ist erschüttert. Die jüngsten Nachrichten über den Zusammenbruch einst renommierter Institute in den USA, der globale Wertberichtigungsbedarf in hoher dreistelliger Milliardenhöhe, die riesigen Liquiditätsspritzen der führenden Zentralbanken der Welt und das geplante Sanierungsprogramm der US-Regierung von 700 Milliarden Dollar haben deutlich gemacht, welche Folgen die amerikanische Hypothekenkrise für das gesamte Finanzsystem hat.

Experten bescheinigen dem deutschen Finanzsystem hohe Stabilität. Bei aller Dramatik in den USA: Anlass zu Panik hierzulande besteht nicht.

Kundeneinlagen bei Sparkassen und Volksbanken sind durch Sicherungseinrichtungen dieser Bankengruppen geschützt.

Die Privatbanken haben entsprechend einen Einlagensicherungsfonds aufgebaut. Die Bewältigung der Krise ist primär eine Sache der betroffenen Finanzinstitute. Die Zentralbanken tun das ihre, um Spannungen abzubauen und die Liquidität der Märkte zu sichern.

Aufgabe der Politik ist es, zusammen mit den Notenbanken und der betroffenen Branche immanente Schwachstellen zu prüfen und zu beseitigen.

Folgende Punkte müssen auf den Prüfstand:

- ◆ die Effizienz und Organisation der Aufsicht über die Finanzinstitute,
- ◆ die internationale Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden,
- ◆ die kritische Prüfung der Rolle der Rating-Agenturen als Berater einerseits und als „Punktrichter“ andererseits,
- ◆ die Verpflichtung der Institute zu einer größeren Transparenz ihres Wertpapierbestandes,
- ◆ die Anpassung des Bankbilanzrechts im Hinblick auf innovative Finanzprodukte,



◆ und nicht zuletzt die Frage einer stärkeren Eigenkapitalunterlegung für hoch riskante Produkte.

Vor einer übereilten und übermäßigen Regulierung des Finanzsektors sei gewarnt. Doch politische und rechtliche Rahmenbedingungen sind entscheidend, um das Vertrauen in unser marktwirtschaftlich organisiertes System wieder dauerhaft zu stabilisieren.

Die aktuelle von den USA ausgehende Krise zeigt, dass man sicher vieles durch nationale Gesetzgebung regeln kann. Aber gerade in Fragen des Finanzhandels sind weltweite Regeln und Gesetze, aber vor allem auch Wertmaßstäbe gefordert.

Insbesondere müssen die Akteure, die in den Banken Verantwortung tragen, selbst bereit sein, bestimmte Regeln für sich zu akzeptieren. Und: Die Absicherung hochspekulativer Finanzgeschäfte kann letztlich nicht bei den Steuerzahlern abgeladen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

kurz vor der bayerischen Landtagswahl wollten offenbar die Oppositionsparteien auch die parlamentarische Bühne des Bundestages intensiv für ihre Wahlkampfzwecke nutzen. Als probates Mittel erschienen ihnen Abstimmungen, mit denen sie glaubten, die Mehrheitsfraktionen in Verlegenheit zu bringen oder sogar vorführen zu können. Taktische Manöver dieser Art haben FDP, Grüne und Linke in dieser Woche gleich mehrfach vollzogen - mit Anträgen zum Gesundheitsfonds, zur Gentechnik und zur Entfernungspauschale.



Eigentlicher Adressat zum Beispiel des Antrags der „Linken“ zur Entfernungspauschale war die CSU. Lafontaine und Co. konfrontierten uns mit einem Anliegen, von dem jeder weiß, dass wir es energisch verfolgen. Unser Parteivorsitzender Erwin Huber hat gerade noch in der letzten Woche in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt das Drängen der CSU auf Wiedereinführung der Pendlerpauschale dezidiert begründet. Und er hat dieses Anliegen genau an dem Ort vorgetragen, den die „Linke“ nun eine Woche später für ein durchsichtiges Spiel glaubte nutzen zu müssen. Wir haben dieses Spiel nicht mitgespielt und dem Antrag nicht zugestimmt. Zugleich haben wir aber in einer Erklärung zur Abstimmung deutlich gemacht: Die Rückkehr zur alten Pendlerpauschale halten wir für geboten und gerecht. Diese Auffassung wollen wir in der Koalition mit Nachdruck durchsetzen. Dabei bleibt es!

Unsere parlamentarischen Spielregeln lassen eigentlich keinen Raum für reine Wahlkampfmanöver. Schließlich soll sich der Deutsche Bundestag der Probleme der Bürgerinnen und Bürger seriös annehmen. Und natürlich erfordert gerade die Gesetzgebung ein hohes Maß an Gründlichkeit. Auch die Oppositionsparteien sollten sich dessen wieder stärker bewusst werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Datenschutz

Besserer Schutz vor Datenmissbrauch

Ein Klick beim Onlinekauf, eine Unterschrift beim Bonuskartensystem und schon sind Name, Wohnort, Alter oder gar Bankverbindung zur Freude dubioser Firmen publik. Der Handel mit sorglos vom Verbraucher preisgegebenen Daten ist zum Milliardengeschäft geworden. Das Bundesdatenschutzgesetz muss dringend novelliert werden. Das Ziel muss lauten: Besserer Schutz vor Datenmissbrauch.

„Datenschutz ist Verbraucherschutz“. So lautet auch der Titel eines Thesenpapiers, das die Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem zuständigen Bundesminister Horst Seehofer nunmehr erarbeitet hat.

Daten sollen künftig nur noch mit ausdrücklicher Zustimmung des Verbrauchers weitergegeben werden dürfen. Zudem muss ein Kopplungsverbot her: Das Zustandekommen eines Vertrags oder einer Internetbestellung darf nicht länger davon abhängig gemacht werden, dass der

Kunde in die Weitergabe sensibler personenbezogener Daten zu Marketingzwecken einwilligt. Darüber



hinaus müssen personenbezogene Daten, die im Wirtschaftsverkehr im Umlauf sind, ein Herkunftszeichen

erhalten. So ist klar ersichtlich, wer die Daten erhoben hat.

Mögliche Datenschutzverstöße gilt es deutlich zu sanktionieren, Kontrolle und Strafverfolgung zu verbessern. Doch das alles allein bringt wenig, wenn der Verbraucher sorg- und ahnungslos bleibt. Aufklärung tut not.

Datensparsamkeit ist das Gebot der Stunde. Hier ist eine flächendeckende Kampagne vonnöten, damit der Klick im Internet oder die Unterschrift unter das Bonuskartensystem nicht länger leichtfertig, sondern nur noch gut überlegt erfolgt.

Diese Woche

Finanzen

Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherstellen S. 1

Datenschutz

Besserer Schutz vor Datenmissbrauch S. 2

Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes

Meister-BaföG wird noch attraktiver S. 2

Gesundheit

Entlastung für Krankenhäuser auf den Weg gebracht S. 3

Unternehmertag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion S. 3

Sozialversicherungsbeiträge

BA-Finanzen noch besser als erwartet S. 3

Kinderförderungsgesetz

Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung werden weiter verbessert S. 4

Pendlerpauschale

Linkspartei mit durchsichtigem Wahlkampf-Manöver S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Aufstiegsfortbildung

Meister-BaföG wird noch attraktiver

Mit der vom Bundeskabinett in dieser Woche beschlossenen Novellierung des Meister-BaföG wird diese maßgeblich von der CSU-Landesgruppe initiierte Form der finanziellen Unterstützung beruflicher Aufstiegsfortbildung noch attraktiver.

Die gesetzliche Überarbeitung sieht verschiedene Leistungsverbesserungen vor, um diese attraktiver und zielgerichteter zu gestalten.

Die Bundesregierung steigert dazu ihre Ausgaben von derzeit 122 Mio. € um ca. 60 Prozent auf rund 200 Mio. € im Jahr 2012.

U.a. wird der Kreis der potenziell Förderungswürdigen ausgeweitet. So werden künftig die Fortbildungen in der Altenpflege und von Erziehern in die Förderung einbezogen.

Die Belohnung erfolgreicher Teilnehmer von Weiterqualifizierungen

wird ausgebaut: Beim Bestehen der Prüfung sollen die Absolventen künftig in den Genuss eines zusätzlichen Erlasses von 25% des Förderungskredits kommen. Bei anschließender Unternehmensgründung winkt ein Darlehenserlass von 33%.



Bei anschließender Unternehmensgründung winkt ein Darlehenserlass von 33%.

Zudem sieht der Entwurf Verbesserungen für Familien vor. So soll der Unterhaltsbeitrag für Kinder erhöht werden.

Erhöhte Anforderungen an die Träger der Fort- und Ausbildungsmaßnahmen dienen der Qualitätssicherung.

Gesundheit

Entlastung für Krankenhäuser auf den Weg gebracht

Die CSU-Landesgruppe ist sich der aktuellen Finanzsituation der Krankenhäuser bewusst. Die Folgen der neuen Tarifverträge, von denen die Klinikbelegschaften zu Recht profitieren sowie die steigenden Energie- und sonstigen Versorgungsaufwendungen bedeuten erhebliche Belastungen. Der am Mittwoch im Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf bedeutet für die bundesweit 2.100 Krankenhäuser eine deutliche Entlastung ihrer wirtschaftlichen Situation. Damit hält die Koalition Wort und stellt über 3 Mrd. Euro mehr für die Krankenhäuser zur Verfügung - für eine bessere Versorgung und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Das Maßnahmenbündel umfasst die Aufhebung des Sanierungsbeitrags der Krankenhäuser, die 50prozentige Finanzierung der Lohn- und Gehaltssteigerungen durch die Krankenkassen sowie ein Programm zur Einstellung von Pflegekräften mit der Schaffung von zusätzlich 21.000 Stellen.

Mit dem Gesetz werden wesentliche Forderungen der Krankenhäuser erfüllt werden. So wird die Erhöhung der Behandlungspauschalen entsprechend der Grundlohnentwicklung durch einen neuen Kostenmaßstab

ersetzt. Die strikte Bindung der Krankenhauspreise an die beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen wird überwunden. Künftig wird ein



vom Statistischen Bundesamt zu entwickelnder neuer Orientierungswert zugrunde gelegt. Damit kann die tatsächliche Kostenentwicklung im Krankenhausbereich deutlich genauer und zeitnaher erfasst und vor allem berücksichtigt werden.

Die jetzt eingeleitete Krankenhausreform entlastet die Kliniken dauerhaft. Die Finanzhilfe ist kein Einmaleffekt.

Der neue Kostenmaßstab wirkt ebenso dauerhaft wie der Basiseffekt durch die Berücksichtigung der Tariflohnsteigerungen.

Der neue Kostenmaßstab wirkt ebenso dauerhaft wie der Basiseffekt durch die Berücksichtigung der Tariflohnsteigerungen.

Unternehmertag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Übernahme unternehmerischer Verantwortung, die Entfaltung unternehmerischer Kreativität und die Bereitschaft zu unternehmerischem Risiko sind die zentrale Bedingung nicht nur für den individuellen, sondern auch für den volkswirtschaftlichen Erfolg. Wenn die Politik die richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für diesen Erfolg setzen will, ist der ständige Dialog mit Unternehmern unverzichtbar.

Im Rahmen ihres diesjährigen „Unternehmertages“ lud deshalb die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ca. 1.000 engagierte Unternehmer am Montag in den Deutschen Bundestag nach Berlin ein, wo u.a. Gespräche mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos auf dem Programm standen. Mit dabei waren auf Einladung ihrer CSU-Bundestagsabgeordneten auch zahlreiche bayerische Unternehmerinnen und Unternehmer.



Unternehmer aus Traunstein und Berchtesgaden bei Dr. Peter Ramsauer

Sozialversicherungsbeiträge

BA-Finzen noch besser als erwartet

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erwartet auch in diesem Jahr wieder einen Überschuss. Noch vor wenigen Wochen war von einem Defizit von 2,5 Mrd. Euro die Rede. Auch 2006 und 2007 taten sich die BA-Verantwortlichen zunächst schwer, eine positive Finanzentwicklung einzuräumen. Ende 2007 betrug dann der Überschuss stolze 17,9 Mrd. Euro. Laut BA-Prognose, der ein Beitragssatz von drei Prozent zugrunde liegt, wären 2012 noch 16 Mrd. Euro davon übrig.

Die Entwicklung zeigt, dass das ehrgeizige Ziel einer Beitragssenkung von derzeit 3,3 Prozent auf unter die fest anvisierte Zielmarke von 3,0 Prozent durchaus realistisch ist. Die auch von der CSU-Landesgruppe verfolgte Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 2,8 Prozent bedeutete für die Beitragszahler – Arbeitnehmer wie Arbeitgeber – eine Entlastung von 4 Mrd. Euro.

Kinderförderungsgesetz

Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung werden weiter verbessert

Mit dem am Freitag dieser Woche im Deutschen Bundestag verabschiedeten Kinderförderungsgesetz werden die Rahmenbedingungen für die Betreuung von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben weiter verbessert. Das derzeitige Förderangebot für Kinder unter drei Jahren wird in den nächsten Jahren quantitativ und qualitativ weiter ausgebaut. Im Gesetz ist auf Drängen der CSU-Landesgruppe zudem die feste Absicht verankert, dass ab 2013 für Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung zum Beispiel in Form eines Betreuungsgeldes gezahlt werden soll.

Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben sich auf dem „Krippengipfel“ am 2. April 2007 darauf verständigt, bis zum Jahr 2013 schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren aufzubauen. Mit den derzeitigen gesetzlichen Regelungen ist lediglich ein Angebot für ca. 21 Prozent der Kinder unter drei Jahren zu erreichen.

Die Arbeit am Projekt Kinderbetreuungsausbaue erfolgte in engem Einvernehmen mit den Ländern. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat die nötigen Umsetzungsschritte und die Finanzierung deshalb gemeinsam entwickelt und konkretisiert. Seit

Anfang September 2007 steht der Fahrplan für den Ausbau der Kindertagesbetreuung.

Die Beteiligung des Bundes an den Investitionskosten für die Ausbauphase bis 2013 wird durch Bereitstellung eines Sondervermögens in Höhe von 2,15 Mrd. Euro sichergestellt. Dieses Sondervermögen wurde zwischenzeitlich durch das Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz errichtet und durch den Nachtragshaushalt 2007 bereitgestellt.

Die aktuelle Gesetzgebung schafft nunmehr die Grundlage für die Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten in Höhe von 1,85 Mrd. Euro in der Ausbauphase von 2009 bis

2013. Ab 2014 wird sich der Bund dauerhaft mit 770 Mio. Euro jährlich an der Kinderbetreuung beteiligen.

Aus Sicht der CSU-Landesgruppe ist von besonderer Bedeutung, dass im Gesetz auch die feste Absicht zur Einführung eines Betreuungsgeldes bekräftigt wird. Ab 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Parallel dazu soll für Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Krippe geben, um sie im familiären Umfeld selbst zu erziehen, eine monatliche Zahlung zum Beispiel in Form eines Betreuungsgeldes geleistet werden.

Pendlerpauschale

Linkspartei mit durchsichtigem Wahkampf-Manöver

Zur namentlichen Abstimmung über einen Antrag der Linkspartei zur Pendlerpauschale haben die Mitglieder der CSU-Landesgruppe folgende förmliche Erklärung abgegeben: „Mit dem Antrag, den die Fraktion DIE LINKE heute zur Abstimmung stellt, geht es ihr nicht um die Sache, sondern um ein durchsichtiges taktisches Manöver.“

Als CDU, CSU und SPD nach der letzten Bundestagswahl ihren Koalitionsvertrag geschlossen und Dr. Angela Merkel zur neuen Bundeskanzlerin gewählt haben, klappte im Bundeshaushalt eine strukturelle Lücke von 60 Mrd. € jährlich. Diese Lücke haben wir deutlich zurückführen können. Der Wegfall der steuerlichen Absetzbarkeit für die ersten 20 Entfernungskilometer des Weges zur Arbeit war 2006 ein unvermeidbarer Beitrag zur Konsolidierung.

Die Entspannung der Lage der öffentlichen Haushalte, die 2007 erstmals wieder schwarze Zahlen schreiben, macht aus unserer Sicht eine

Rückkehr zur alten Pendlerpauschale möglich – auch ohne den Vorrang der Sanierung der Haushalte des Bundes und der Länder, der Kommunen und der Sozialversicherungen aufzugeben.

Angesichts der konjunkturellen Lage und der seit der damaligen Entscheidung deutlich gestiegenen Treibstoffpreise halten wir eine Rückkehr zur alten Pendlerpauschale für geboten und gerecht. Diese Auffassung wollen wir in der Koalition mit Nachdruck durchsetzen.

Die Bayerische Staatsregierung hat hierzu eine Gesetzesinitiative beschlossen, die im Bundesrat beraten

wird. Auch wenn wir die Koalition für unsere Auffassung noch nicht gewonnen haben – den Koalitionsvertrag halten wir ein, der verpflichtet, einheitlich abzustimmen.

Das Politikspektakel, das die LINKEN mit ihrem Antrag bezwecken, lehnen wir entschieden ab. Die programmatischen Eckpunkte der LINKEN fordern eine Politik, die Deutschland international isoliert, die Fundamente des Rechtsstaats und der sozialen Marktwirtschaft gefährdet und eine gute Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands massiv bedroht. Wir grenzen uns eindeutig von dieser Partei ab.